

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/193

7. Oktober 1976

CDU-Freiheit in der Praxis

Prof. Biedenkopfs Signal zur neuen Medien-Pression

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 1 / 41 Zeilen

Europa-Strategie: Wachstum und Stabilität

Die Sozialpartner haben überall eine Schlüsselrolle

Von Wilhelm Haferkamp

Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemein-  
schaft

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Skandale um Bayerns CSU-Regierung

Untersuchungsausschuß soll Münchner CSU-Filzokratie  
durchleuchten

Seite 5 und 6 / 100 Zeilen

Unsere neue Rufnummer ab

15. Oktober 1976

21 90 38/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 09 68 646-40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

*L. 2 nicht verb. G*

## CDU-Freiheit in der Praxis

---

Prof. Biedenkopfs Signal zur neuen Medien-Pression

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Wie die Unions-Parteien und ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Führer miteinander umgehen, um den Wahlausgang vom 3. Oktober zu bewältigen, ist ihre Sache. Was in diesem Zusammenhang nach Inhalt und Stil im Umgang mit Institutionen unserer Verfassung geschieht, geht allerdings uns alle an. Das Grundgesetz steht jedenfalls weder zur Disposition noch zur willkürlichen Interpretation, weil die auf totale Konfrontation setzende CDU/CSU ihr Wahlziel verfehlt hat.

Aus der Unfähigkeit heraus, die Rolle der Opposition in einer parlamentarischen Demokratie wirklich zu begreifen und zu akzeptieren, liefert die CDU zur Zeit ein weiteres aufschlußreiches Kapitel an Selbstdarstellung. Die Hauptrollen als schlechte Verlierer haben dabei der gescheiterte Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl und sein an Rhein und Ruhr aufgelaufener Generalsekretär Dr. Kurt Biedenkopf übernommen. Während Dr. Kohl in einer Mischung von naivem Trotz und überhablicher Anmassung den Bundespräsidenten unter Druck zu setzen versucht, setzt Dr. Biedenkopf seine Strategie der Beschimpfungen fort, wo er doch Besinnung so notwendig hätte. Bei seinem neuesten Ausfall, den Biedenkopf gegen Nachrichtenagenturen und Rundfunkanstalten richtete, offenbarte er ein höchst bedenkliches verfassungspolitisches Verständnis, das nicht weniger fatal erscheint als das seines Vorsitzenden beim Drang ins Kanzleramt.

Prof. Biedenkopf muß sich nach seiner enthüllenden Vorstellung vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf, bei der er u.a. die Deutsche-Presse-Agentur der Einseitigkeit und Manipulation in der Wahlkampfberichterstattung bezichtigte und sie deshalb offensichtlich in einen publizistischen Ausnahmezustand versetzen möchte, ein in höchstem Maße gestörtes Verhältnis zum Grundrecht der Pressefreiheit vorwerfen lassen. An diesen Vorgang ist die Frage zu knüpfen, ob die kaum verhüllten Drohungen des CDU-Generalsekretärs gegenüber unabhängigen Trägern von Information und Kommunikation das zum Ausdruck bringen, was die Unions-Parteien mit ihrem zum Wahlkampf pervertierten Freiheitsbegriff in der Praxis meinen.

Der Auftritt des Prof. Biedenkopf in Düsseldorf läßt sich keineswegs als einmalige aus Enttäuschung und Verbitterung resultierende Medienschelte erklären oder gar entschuldigen. Hier hat vielmehr die Einschüchterungsstrategie der CDU/CSU gegenüber auf Unabhängigkeit bedachten Einrichtungen der Informationsgebung einen neuen Höhepunkt erreicht, der das Maß an zulässiger Kritik auch an Organen und Mitarbeitern im Bereich des Presse- und Rundfunkwesens weit überschreitet. Dies war das Signal, daß die Opposition ihre seit Jahren betriebene Pressionskampagne auf dem Sektor der politischen Publizistik nicht nur fortsetzen, sondern noch verstärken will.

(-/7.10.1976/vp/pr/ee)

+ + +

## Europa-Strategie: Wachstum und Stabilität

### Die Sozialpartner haben überall eine Schlüsselrolle

Von Wilhelm Haferkamp

Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft

Die Arbeitsmarkt-Lage in der Europäischen Gemeinschaft ist nach wie vor unbefriedigend. Besonders die arbeitslosen Schulabgänger werden in allen Staaten immer mehr zum Problem. Die Rückkehr zu einem normalen Beschäftigungsniveau ist deshalb die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre.

Mit dem Problem der hohen Arbeitslosigkeit wird die Europäische Gemeinschaft auch noch in den Jahren nach 1977 konfrontiert sein. Die durch die Rezession stark beschleunigte Verschlechterung der Beschäftigungslage wird durch die demographische Entwicklung noch weiter zugespitzt. Die arbeitsfähige Bevölkerung wird in den nächsten Jahren doppelt so schnell wachsen wie in den fünf Jahren zuvor. Vier oder fast fünf Millionen ständige Arbeitslose in der Gemeinschaft sind ein Zustand, der weder aus humanen, noch ökonomischen, noch gesellschaftlich-politischen Gründen hingenommen werden kann. Mehr Wachstum durch mehr Inflation ist aber eine untaugliche wirtschaftspolitische Strategie. Zum Erfolg führen kann nur eine Strategie, die Wachstum und Stabilität gleichzeitig anstrebt. Sie muß sich auf eine Einkommenspolitik der Sozialpartner stützen, die weitause mehr als bisher an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen ausgerichtet ist. Eine Umverteilung der Verwendung des Sozialprodukts zugunsten der Investitionen und damit zu Lasten der Zuwachsraten des privaten und öffentlichen Verbrauchs ist eine entscheidende Voraussetzung beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Eine Strategie für Wachstum und Stabilität ist nicht nur notwendig für die allmähliche Rückgewinnung der Vollbeschäftigung, sondern erleichtert gleichzeitig die Durchführung notwendiger gesellschaftlicher Reformen, den Abbau der regionalen Unterschiede, die Verbesserung von Umwelt und Arbeitsplatz und schließlich Fortschritte in der europäischen Integration.

Gegenwärtig besteht kein Anlaß zu spektakulären konjunkturpolitischen Aktionen und gar zu einem Kurswechsel in der Konjunkturpolitik. Aufgabe der

Geld- und Haushaltspolitik ist es, die Spielräume für Preiserhöhungen möglichst klein zu halten. Indexierungssysteme sind ungeeignete wirtschaftspolitische Instrumente, weil sie sich in einigen Ländern zu perfekten Schwungrädern der Inflation entwickelt haben. Preisstabilität ist vor allem notwendig für eine Stabilisierung der Zukunftserwartungen und damit des Investitionsverhaltens. Eine verstärkte Investitionstätigkeit ist unabdingbar für eine allmähliche Rückkehr zu einem befriedigenden Beschäftigungsniveau.

Eine Schlüsselrolle bei der weiteren Konsolidierung und Stabilisierung der Konjunktur fällt dem Verhalten der Sozialpartner und der Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Regierungen zu. Hier ist mit der Dreierkonferenz Ende Juni in Luxemburg ein wichtiger Anfang gemacht worden. Die gute Zusammenarbeit der Sozialpartner in der Bundesrepublik Deutschland ist entscheidend für Stabilität und ökonomische Stärke. In Großbritannien, wo es in den letzten Monaten erfreuliche Ansätze der Zusammenarbeit gegeben hat, ist die wirtschaftliche Lage insgesamt noch keineswegs zufriedenstellend, doch haben sich Handelsbilanz und vor allem die Preise in der letzten Zeit recht positiv entwickelt. Das dänische Stabilisierungsprogramm ist notwendig und mutig. Die Anstrengungen der französischen Regierung um mehr innere und äußere Stabilität sind gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für eine allmähliche Besserung der Beschäftigungslage. Das in Vorbereitung befindliche italienische Programm muß auf eine energische Eindämmung des Kosten- und Preisauftriebs abzielen. Deutliche Mäßigung der Einkommensansprüche und Sanierung der öffentlichen Finanzen müssen mit entschlossenen Reformen im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich gekoppelt werden. (-/7.10.1976/va/pr/ee)

### Skandale um Bayerns CSU-Regierung

Untersuchungsausschuß soll Münchner CSU-Filzokratie durchleuchten

Für die bayerische CSU-Landesregierung haben sich die "Memoiren" des gescheiterten schwäbischen Textilunternehmers Hans Glögglers als überaus "heißes Eisen" entpuppt. Seit Wochen bemüht sie sich krampfhaft, den Skandal herunterzuspielen. Ob ihr das aber gelingen wird, das erscheint äußerst fraglich. Die Sozialdemokraten im Münchner Landtag haben bereits einen Untersuchungsausschuß angekündigt. Die bisherige Vorwärtsverteidigung des CSU-Wirtschaftsministers Anton Jaumann hat den üblen Geruch nicht abwaschen können, in den sein Haus durch Glögglers Enthüllungen geraten ist.

Diese Enthüllungen gipfeln darin, daß der einetige Textilkönig behauptet, er sei von dem - inzwischen verstorbenen - CSU-MdB Dr. Wolfgang Pöhl und dessen Referenten, dem Ministerialrat im Wirtschaftsministerium, Dr. Herwig Dörrbecker, darauf aufmerksam gemacht worden, daß er mit einer Förderung seiner Unternehmungen durch das bayerische Wirtschaftsministerium nur dann rechnen könne, wenn er der CSU Spenden zukommen lasse. So erschien es ihm ratsam, den Wünschen der vorgenannten Herren zu entsprechen und größere Spenden für die CSU zu leisten".

Anrücklich erscheint nicht nur der SPD in Bayern der Weg, den diese Spenden - zugegeben wurden bisher 20.000 DM, über mehr wird gemunkelt - nahmen: Glögglers zahlte über Ministerialrat Dörrbecker, der inzwischen persönlicher Referent von Staatssekretär Franz Sackmann geworden war, an den Staatssekretär, der es wiederum an den Bezirksverband Oberpfalz, dessen Vorsitzender er ist, und an die zu diesem Bezirk gehörende Junge Union in Weiden weiterleitete. Nun ist klar, warum der schwäbische Unternehmer diesen Weg wählte, statt der Kasse der Gesamtpartei sein Geld ohne Umweg zukommen zu lassen. Nicht klar aber ist, ob er damit sein Ziel erreicht hat oder nicht.

Man fragt sich in Bayern, ob die acht Millionen DM, die Glögglers aus öffentlichen Mitteln für den Aufbau seines Textilreiches erhielt, genauso geflossen wären, wenn seine persönlichen Beziehungen zum Wirtschaftsministerium nicht so eng gewesen wären. Die Auskünfte des Ministers lassen zumindest Zweifel offen: Sein Wort, daß sich die Beamten Einflußnahmen "widersetzt hätten", kann bedeuten, daß Einflußnahmen versucht worden sind, aber zurückgewiesen wurden, es kann aber auch heißen, daß im Falle eines solchen Versuches eine Zurückweisung erfolgt wäre. Die Beamten selbst sagten zum Teil, daß sie sich an den Versuch einer Einflußnahme zugunsten Glögglers nicht erinnern könnten, eine Ministerialrätin erklärte, ein solcher Versuch sei nicht gemacht worden und man habe selbständig entschieden. Die sozialdemokratische Landtags-Opposition findet diese Selbständigkeit etwas suspekt: Wozu brauche man im Ministerium einen Staatssekretär, wenn er sich bei so großen Summen nicht einschaltet? Vorsichtig formulierte der Minister in einer zweiten Pressekonferenz, daß nach dem "gegenwärtigen Erkenntnisstand" eine Einflußnahme nicht erfolgt sei; es bleibt abzuwarten, ob sich nicht der Erkenntnisstand bei eidlicher Einvernahme durch die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verändert.

Geradezu grotesk mutet es an, daß Staatssekretär Sackmann eines Tages die CSU vor der Annahme einer größeren Spende Glögglers mit dem Bemerkungen

warnte, das Unternehmen sei in finanziellen Schwierigkeiten, daß aber dennoch kurze Zeit darauf der Glöggl-Konzern mit dem Segen desselben Wirtschaftsministeriums, in dem Sackmann fungiert, noch einmal eine staatliche Millionenhilfe bekam. Mit welcher Unverfrorenheit die CSU-Regierung diesen Spenden-Skandal herunterzuspielen versucht, zeigt die Bemerkung des Innenstaatssekretärs Erich Kiesel nach einer Kabinettsitzung: Schließlich brauchten alle Parteien Spenden und nähmen sie auch, ohne sich vorher von den Unternehmen Bilanzen vorlegen zu lassen.

Doch die anrüchigen Wege der Glöggl-Spenden sind nur eine Seite der skandalösen Eintracht zwischen Ministeriumsangehörigen und dem Unternehmer: Ministerialrat Dörrbecker, von dem Glöggl behauptet, er habe ihn auf die Notwendigkeit von CSU-Spenden hingewiesen, war nämlich nicht nur Spenden-Vermittler, sondern auch Provisionsempfänger des "Textilzaren". Er hatte von seinem Staatssekretär die schriftliche Genehmigung bekommen, nebenberuflich am Erwerb eines Aktienpaketes im Wert von über 300 Millionen DM für den schwäbischen Unternehmer zu arbeiten. Dies tat er und kassierte dafür laut Glöggl 350.000 DM Provision. Das wirft die Frage auf, ob es so wenig Mühe macht, Millionengeschäfte am Feierabend zu tätigen, oder ob hier ein Teil der Dienstzeit für Privatgeschäfte verwendet worden ist. Zum anderen dürfte es kaum mit den allgemeinen Vorstellungen von Sauberkeit und Korrektheit der Verwaltung vereinbar sein, wenn ein Angehöriger eines Ministeriums, das über staatliche Hilfen für Wirtschaftsbetriebe entscheidet, eben bei einem solchen Unternehmen privat erhebliche Gelder scheffelt.

Geradezu sagenhaft aber ist die Behandlung dieses Falles auf dem Dienstweg. Der die Genehmigung für diese "Schwarzarbeit" erteilende Staatssekretär erkundigte sich nicht einmal danach, welchen Umfang das Geschäft und die voraussichtliche Vergütung haben wird. Derselbe Staatssekretär hielt es nicht einmal dann für notwendig, seinen Minister über die Aktivitäten seines persönlichen Referenten zu unterrichten, als der Konzernherr (der die Provision für Dörrbecker nicht freiwillig herausrücken wollte) empört bei Sackmann anrief und ihn fragte, ob er eigentlich wisse, daß sein Referent eine halbe Million von ihm fordere. Sackmann will zwar daraufhin "beinahe in Ohnmacht gefallen" sein, aber dem Minister sagte er immer noch nichts. Erst viel später, als nämlich der tüchtige Ministerialrat zur Dienstleistung bei der CSU-Landtagsfraktion abgestellt wurde, ließ er zwischen Tür und Angel die Bemerkung fallen, daß Dörrbecker bei Glöggl ganz gut nebenbei verdient habe.

Für die Landtagsfraktion der CSU war das Bekanntwerden der Dörrbecker'schen Nebenverdienste immerhin ein Anlaß, ihn sofort vom Dienst freizustellen. Doch die CSU-Landesregierung fühlte sich erst Wochen später bemüht, sich den Anschein zu geben, als wolle sie aus dem Nebentätigkeitskandal Konsequenzen ziehen: Nachdem bereits alle Parteien im Münchner Landtag gefordert hatten, die Nebentätigkeitsverordnung für Beamte müsse entsprechend geändert werden, gab nunmehr auch das Goppel-Kabinett einen Änderungsauftrag für diese Verordnung in Auftrag. Dabei gab sie zu, daß der "Fall Glöggl-Dörrbecker-Sackmann" nicht die einzige faule Stelle in den obersten Ministeriums-Rängen Bayerns war. Staatssekretär Kiesel nannte zur Begründung für den Änderungsauftrag ausdrücklich auch den Fall Jaquet. Dieser Ministerialrat aus der Staatskanzlei nämlich hatte kürzlich Schlagzeilen gemacht, als bekannt wurde, daß er sich jeweils tageweise hatte beurlauben lassen, um als Schlichter zwischen Ärzten und Krankenkassen jeweils bis zu 18.000 DM täglich nebenbei zu verdienen. Ausgerechnet diesen Beamtenrechts-Schlupfloch-Experten hatte CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel zum Präsidenten des Obersten Rechnungshofes und damit zum Wächter über Sparsamkeit und Ordnung in Bayerns Amtsstuben machen wollen.

Ingrid Burkert  
(-/7. 10. 1975/va/ar/es)

+ + +